

Landeshaus, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

An die
Vorsitzende des Innen-
und Rechtsausschusses
Frau Barbara Ostmeier, MdL
im Hause

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/7034

Kiel, 8. Dezember 2016

Sehr geehrte Frau Ostmeier,

beigefügt sende ich Ihnen die Beschlüsse der 30. Veranstaltung „Jugend im Landtag“, die am 27. November 2016 im Schleswig-Holsteinischen Landtag stattgefunden hat.

In Absprache mit der Arbeitsgruppe „Jugend im Landtag“, in der Repräsentanten des Landesjugendrings, das Präsidium von „Jugend im Landtag“ und die jugendpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Landtagsfraktionen vertreten sind, bitte ich darum, die Beschlüsse, die Ihren Fachausschuss betreffen, zur Kenntnis zu nehmen und zu beraten.

Vom Ausschuss ist dann zu entscheiden, ob und mit welchen Forderungen der Jugendlichen sich das Plenum befassen soll.

Mit freundlichen Grüßen



Beschlüsse

der 30. Veranstaltung
„Jugend im Landtag“

vom 25. bis 27. November 2016

Anlage: Eingereichte Anträge

Beschlüsse

Arbeitskreis „Ehrenamt, Soziales, Energie, Umwelt“

JiL 30/5

Ablehnung des im Bundestag vorgelegten Gesetzesentwurfs zum Bundesteilhabegesetz

Der Schleswig-Holsteinische Landtag, die Landesregierung und alle Bundestagsabgeordneten werden dazu aufgefordert, den vorliegenden Gesetzesentwurf zum Bundesteilhabegesetz in seiner aktuellen Fassung abzulehnen.

JiL 30/9 NEU

Steuerliche Entlastung von Geringverdienern

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Steuerkurve zwischen 14 % Besteuerung bei 8.653,-- € Einkommen (alle Angaben zum Einkommen beziehen sich auf das Jahreseinkommen) und 24 % Besteuerung zu 13.670,-- € die Besteuerung so abzusenken, dass eine gerade Steigung der Besteuerung zwischen 8.653,-- € und einem neuen Höchststeuersatz von 45 % zu 55.000,-- € Einkommen entsteht.

JiL 30/7 NEU

Mehr bezahlbarer Wohnraum

Der Landtag Schleswig-Holstein wird dazu aufgefordert, sich für folgende Veränderungen einzusetzen:

1. Das Land wird aufgefordert, dem Studentenwerk SH mehr Mittel zum Wohnheimbau zur Verfügung zu stellen.
2. Land und Kommunen sollen aufgefordert werden, für den Wohnheimbau mehr Flächen zur Verfügung zu stellen.
3. Alternative Wohnformen fördern, Mehrgenerationenhäuser und Wohngenossenschaften ausbauen. Alte, ungenutzte Kasernen für bezahlbaren Wohnraum umbauen.
4. Zusätzlichen Wohnraum durch ein verbessertes Leerstands-Management zu schaffen.
5. Schaffung einer kommunalen Wohnungsvermittlung.

JiL 30/3 NEU NEU

Rauchverbot in Kraftfahrzeugen

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung Schleswig-Holstein werden aufgefordert, sich für ein Rauchverbot in Kraftfahrzeugen, in denen sich Kinder befinden, einzusetzen.

JiL 30/ NEU NEU 1

Aufhebung des Blutspendeverbots aufgrund der sexuellen Orientierung

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, das pauschale Blutspendeverbot für Männer, die Sexualverkehr mit Männern haben, aufzuheben.

JiL 30/1 NEU

Honorierung ehrenamtlicher Arbeit

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, die ehrenamtlichen Tätigkeiten in gemeinnützigen Vereinen z. B. durch Aufwendungsentschädigungen und Vergünstigungen, wie für Eintritte in öffentlichen Einrichtungen zu fördern, wie z.B. der Bundesfreiwilligendienst auch gefördert wird. Außerdem darf es keine Wertung der unterschiedlichen ehrenamtlichen Tätigkeiten geben und es sollen die Ehrenamtskarte und die JuleiCa stärker beworben werden.

JiL 30/4**Einführung von Standards für das Vergabeverfahren von Krippen- und Kindertagesstättenplätze an Kinder mit Behinderungen**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, allgemeine Standards für das Vergabeverfahren von Krippen- und Kindertagesstättenplätzen für Kinder mit Behinderungen auszuarbeiten und zu beschließen. Diese sollen im Kindertagesstättengesetz zusätzlich zu den bereits enthaltenen inklusiven Zielen und Aufnahmegrundsätzen festgehalten werden. Außerdem muss weiteres Betreuungspersonal ausgebildet und Geld für zusätzliche Krippen- und Kindertagesstättenplätze bereitgestellt werden.

JiL 30/ NEU 2**Sicherung eines funktionierenden Versorgungs- und Rettungssystems durch zusätzliche finanzielle Mittel**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Arbeit der Freiwilligen Feuerwehr, DLRG, THW und weiterer gemeinnütziger Vereine, die für ein funktionierendes Versorgungs- und Rettungssystem in Deutschland sorgen, durch zusätzliche finanzielle Mittel unterstützt wird.

JiL 30/6 NEU**Förderung von Beteiligungsmöglichkeiten für die Mitgestaltung an Politik und Gesellschaft für Menschen mit Behinderungen**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird dazu aufgefordert, angemessene Beteiligungsmöglichkeiten für die Mitgestaltung an Politik und Gesellschaft für alle zu schaffen und dabei ein besonderes Augenmerk auf Beteiligungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen zu legen. Diese Beteiligungsmöglichkeiten sollen in Zusammenarbeit mit dem Landesverband für „körper- und mehrfachbehinderte Menschen in Schleswig-Holstein e. V.“ und den Elternverbänden erarbeitet werden.

Arbeitskreis „Ausbildung, Arbeit, Wirtschaft, Verkehr“**JiL 30/12 NEU****Elternunabhängiges BAföG**

Die Landesregierung und der Bundestag werden aufgefordert, die Vergabe von BAföG in Zukunft elternunabhängig zu machen. Jeder, der BAföG beantragt, soll den Mindestsatz von BAföG zugesichert bekommen. Abhängig von der persönlichen Situation kann dieser erhöht werden.

JiL 30/24**0-Promille-Grenze im Straßenverkehr**

Die schleswig-holsteinische Landesregierung und der Bundesrat werden aufgefordert, sich für eine generelle 0-Promille-Grenze im Straßenverkehr einzusetzen.

JiL 30/15 NEU**Mindestausbildungsvergütung**

Die Landesregierung, der Bundestag und der Bundesrat werden aufgefordert zu beschließen, dass eine Mindestausbildungsvergütung in Höhe des maximalen BAföG-Satzes (649,-- €) gezahlt wird, um ein eigenständiges Leben in der Gesellschaft zu gewährleisten. Des Weiteren würde eine ordentliche Ausbildungsvergütung Familien direkt entlasten. Dies gilt auch für die Praktikumsphasen in rein schulischen Ausbildungen.

JiL 30/19 NEU**Mindestlohn für Minderjährige**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, sich für eine Entlohnung nach Mindestlohn für Minderjährige ab 16 Jahren, die eine allgemeinbildende oder eine berufsbildende Schule besuchen, einzusetzen.

JiL 30/25 NEU NEU**Aufstellung von sogenannten „Bei Stau Rettungsgasse bilden“-Plakaten und -Schildern an der Autobahn und Staupunkten**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, an vielbefahrenen Straßen sowie „Staupunkten“ des schleswig-holsteinischem Straßennetzes Schilder aufzustellen, welche einen Autofahrer darauf hinweisen, bei Stau eine Rettungsgasse zu bilden. Auf diesen Schildern sollen keine Einsatzfahrzeuge abgebildet werden. Außerdem soll bei Staumeldungen im Radio auf die Bildung einer Rettungsgasse hingewiesen werden.

JiL 30/22 NEU**ÖPNV-Förderung – klotzen, nicht kleckern!**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie sollen Anreize setzen, um das ÖPNV-Angebot gegenüber dem Individualverkehr attraktiver zu gestalten. Dazu sollen ein Entwicklungsplan aufgestellt und ein Runder Tisch initiiert werden, um Möglichkeiten zu erarbeiten, wie der ÖPNV gestärkt werden kann. Ziel soll die „Breitentauglichkeit“ sein, sodass langfristig der Ausbau gegenfinanziert ist.

JiL 30/27 NEU**Auffrischen des Erste-Hilfe-Kurses alle drei Jahre**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass nach Erwerb der Fahrerlaubnis der Erste-Hilfe-Kursus alle drei Jahre wieder aufgefrischt werden muss.

JiL 30/14 NEU**Forderungen für eine gute Ausbildung**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und das Ministerium für Schule und Berufsbildung werden dazu aufgefordert, sich für die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage einzusetzen. Seit Jahren sinkt die Ausbildungsbetriebsquote (die Anzahl der Betriebe, die ausbilden) und steigt die Diskrepanz zwischen offenen Ausbildungsstellen und „nicht ausbildungsreifen“ Jugendlichen. Eine Möglichkeit, diese Entwicklung zu stoppen, wäre eine Ausbildungsplatzumlage, bei der Betriebe, die nicht ausbilden, in einen Fonds einzahlen, um diejenigen zu unterstützen, die ausbilden. Betriebe, die sich dauerhaft dem Ausbildungsmarkt entziehen, gefährden die Fachkräftesicherung der Zukunft und sollten deswegen in die Verantwortung genommen werden. Betriebe, die einen Ausbildungsplatz anbieten, aber keinen Bewerber für die ausgeschriebene Stelle einstellen, zahlen einen verminderten Beitrag in den Fonds.

JiL 30/17**Auszubildende/duale Studenten: Finanzierung der wesentlichen Materialien**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag, das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie sowie das Ministerium für Schule und Berufsbildung werden aufgefordert zu bewirken, dass Arbeitgeber die Kosten ihrer Auszubildenden (inklusive dual Studierender) für die wesentlichen, also im Regelfall zum erfolgreichen Erreichen des Ausbildungs-/Studienziels benötigten Materialien wie fachliche Standardwerke/Lehrbücher, Gesetzessammlungen oder auch spezielle Werkzeuge vollständig übernehmen müssen. Die Jugend- und Ausbildungsvertretungen und Personalräte sollen dies bei Verstößen rechtlich erstreiten können.

JiL 30/26 NEU**Ausbau von Radwegen**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass Radwege besser ausgebaut werden.

JiL 30/16 NEU**Öffentlicher Dienst: Verbot der Rückforderung von Ausbildungsentgelten und Anwärterbezügen**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und das Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten werden aufgefordert, Rechtsänderungen herbeizuführen, die verhindern, dass Arbeitgeber (Polizei, Verwaltungen, Krankenkassen, ...) von ihren Auszubildenden und dual Studierenden mehr als 10 % des gewährten Ausbildungsentgelts bzw. der gewährten Anwärterbezüge zurückfordern, wenn diese vor Ablauf einer vom Arbeitgeber bestimmten Mindestzeit aus dem Arbeitsverhältnis, insbesondere aus dem öffentlichen Dienst, ausscheiden.

JiL 30/18**Ausbildung/duales Studium: Zuschuss zu benötigter Kleidung**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag, das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie sowie das Ministerium für Schule und Berufsbildung werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass Arbeitgeber ihren Auszubildenden (inklusive dual Studierenden) die Hälfte der aufgewendeten Kosten für anlässlich des Ausbildungsbeginns angeschaffte branchenübliche oder notwendige Dienst- bzw. Arbeitskleidung erstatten. Der nähere Umfang soll vom zuständigen Ministerium bestimmt werden. Die Jugend- und Ausbildungsververtretungen und Personalräte sollen dies bei Verstößen rechtlich erstreiten können.

Arbeitskreis „Bildungssystem, Unterricht, Schülerbeförderung“**JiL 30/37 NEU****„Wirtschaft und Politik“ als Regelfach an allen Schulen**

Das Ministerium für Schule und Berufsbildung wird aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass das Fach „Wirtschaft und Politik“ an allen Schulen als Regelfach ab der 7. Klasse festgelegt wird. Des Weiteren sollten Inhalte des Unterrichtsfachs modernisiert und erweitert werden.

JiL 30 / 32 + 33 NEU**Die glorreichen Sieben der digitalen Bildung an Schulen / Modernisierung auf technischer Ebene**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert zu beschließen, dass Schülerinnen und Schüler, die in Zukunft einen Abschluss an einer weiterführenden Schule in Schleswig-Holstein erlangen, die folgenden Kompetenzen und Inhalte im Laufe ihrer Schulzeit umfassend vermittelt bekommen bzw. thematisiert haben. Die Lehreraus- und -fortbildung ist entsprechend anzupassen. Der Unterricht soll technisch in einer zeitgemäßen Mediumgebung (aktuelle Soft- und Hardware) stattfinden.

1. Die kritische, aber aufgeschlossene Auseinandersetzung mit digitalen Quellen; Unterscheidung seriöse vs. unseriöse Angebote; Aufzeigen der Bandbreite an Lernangeboten (z. B. Texte, Lexika/Wikis, Tutorials, Schemata, interaktive Lernlandschaften),
2. Spam, Viren, unseriöse Onlineshops und -angebote anhand typischer Merkmale erkennen,
3. Existenz, Vor- und Nachteile von freier und Open Source Software; Diskurs: freie Gemeinschaftssoftware der weltweiten Netzgemeinde vs. kommerzielle Software,
4. Privatsphäreinstellungen in sozialen Netzwerken (theoretisch und praktisch); Anregungen zur Findung der digitalen Persönlichkeit – meine Rolle im (öffentlichen und privaten) Internet,

5. Präsentationssoftware als vortragsunterstützendes, nicht vortragsdominierendes Medium; angemessener Einsatz von Design, Grafik und Text; Horizont über PowerPoint hinaus; technische Kniffe (z. B. Referentenansicht, Integration externer Dateien),
6. Effizienz in der digitalen Welt: Mit raffinierten Apps und Tools leichter lernen, zusammenarbeiten und leben (Aufgabenplaner, Notizbücher, Wörterbücher, Kalender, offene Dokumente, Clouds, soziale Netzwerke zur Kollaboration),
7. Gesellschaft und Demokratie im Internet; Bewusstsein für rücksichtsvollen, zugleich aber aufrechten und engagierten Meinungs Austausch; Umgang mit Mobbing und Hate Speech; Kanäle und Apps der niveaувollen Informationsbeschaffung und Diskussion (Tageszeitung 3.0).

JiL 30/40 + 41 NEU

Kostenlose Schülerbeförderung

Jugend im Landtag schließt sich der Forderung im Grundsatzprogramm des Landesschülerparlaments der Gymnasien an:

„Die LSV der Gymnasien fordert die Übernahme aller anfallenden

Schülerbeförderungskosten bis einschließlich zum Abitur für alle Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein.“

JiL 30 NEU NEU 3

Aktuelle Hard- und Software an Schulen und in Verwaltungen

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Schulen und Verwaltungen mit angemessener moderner Hardware sowie aktueller Software ausgestattet werden. Bei Neuanschaffungen ist sicherzustellen, dass die Produkte längerfristig nutzbar sind. Insbesondere ist zu prüfen, inwieweit die Wahl bestimmter Software, vor allem einzelner Betriebssysteme, die Nutzbarkeitsdauer beeinflusst.

JiL 30/29 NEU NEU

Förderangebote für Schülerinnen und Schüler aus staatlichen Mitteln

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, den Schulen die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schülern, insbesondere jener, die einer besonderen Zuwendung bedürfen, zu erleichtern. Hierfür sollen – ggf. auch finanzielle – Konzepte erarbeitet werden.

JiL 30 NEU 4

Finanzierung von digitalen Endgeräten in Schulen und Verwaltungen

Die Landesregierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Mittel, die sie den Kommunen für digitale Endgeräte in Schulen und Verwaltungen zur Verfügung stellt, zweckgebunden sind, damit sie nicht anderweitig ausgegeben werden können. Die Modernisierung in diesem Bereich muss Priorität haben.

JiL 30/31

Sinnhaftigkeit der Benotung von sportlichen und kreativen Schulfächern

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird dazu aufgefordert, die Sinnhaftigkeit der Benotung von sportlichen und kreativen Schulfächern zu überdenken.

JiL 30/34 NEU

Freie Software an Schulen

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, zu bewirken, dass an den Schulen Schleswig-Holsteins jeder Schülerin und jedem Schüler die Möglichkeit und das Recht eingeräumt werden, im Rahmen des Unterrichts ausschließlich Freie Software zu benutzen. Bei Hausaufgaben soll die Nutzung un-Freier Software weder erforderlich sein noch erwartet werden.

Arbeitskreis „Inneres, Recht, Medien“

JiL 30/52 NEU

Zulassung der aktiven Sterbehilfe

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, sich für aktive Sterbehilfe einzusetzen. Dabei soll darauf geachtet werden, dass Sterbehilfe nur dann gewährt wird, wenn die Heilung der Krankheit ausgeschlossen ist. Sterbehilfe kann nur in Anspruch genommen werden, wenn eine Patientenverfügung vorliegt oder der Patient voll zurechnungsfähig ist. Das soziale Umfeld des Patienten soll auf Wunsch des Patienten angemessen beteiligt werden. Der Landtag soll dies in Sitzungen ansprechen, sodass gegebenenfalls die Regierung sich diesem Thema angemessen widmet. Dabei ist umfassend durch Beratungsgespräche über aktive Sterbehilfe aufzuklären.

JiL 30/44 NEU

Änderung des Grundgesetzes (GG Art. 3, Absatz 3, Satz 1)

Der Deutsche Bundestag wird aufgefordert, dem GG Art. 3, Absatz 3, die sexuelle Orientierung und sexuelle Identität beizufügen. In der modernen Welt ist es ein Unding, dass dies noch nicht der Fall ist.

JiL 30/ NEU NEU 5

Refugees welcome – kein Mensch ist illegal

JiL befürwortet die UN-Menschenrechtskonvention, die Genfer-Flüchtlingskonvention, sowie das GG und heißt Flüchtlinge willkommen! JiL appelliert an den humanen und moralischen Grundgedanken und fordert alle Menschen auf, sich auf diese Grundsätze zu besinnen. (siehe Art. 14 UN-Menschenrechtskonvention, Art. 1 GG, Art. 16 a GG, ...)

JiL 30/ NEU 6

Richtlinien für die Zusammenarbeit mit anderen Staaten zur Bekämpfung von Fluchtursachen

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, sich für die Erarbeitung von Richtlinien für die Auswahl von Partnern zur Bekämpfung von Fluchtursachen einzusetzen. Dadurch soll die Unterstützung von Regierungen, die z. B. gegen Menschenrechte verstoßen, verhindert werden.

JiL 30/ NEU NEU 7

Legalisierung von Cannabis

Die Landesregierung und der Bundestag mögen sich dafür einsetzen, dass Cannabis unter staatlicher Regulation legalisiert wird.

JiL 30/45

Mehr Sicherheit durch Spielplatznummerierung

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird dazu aufgefordert, sich für folgende Veränderungen einzusetzen:

Die Verwaltungen werden beauftragt, für die Spielplätze des Landes Schleswig-Holstein eine Nummerierung einzuführen. Die Spielplatznummer soll am Spielplatz klar erkennbar angebracht werden. Die Nummerierung wird bei Polizei und Rettungskräften registriert. Die Verwaltung soll zudem Gespräche führen über die Aufnahme öffentlich zugänglicher Spielplätze auf Privatgrundstücken in dieses System.

JiL 30/55 NEU

Befreiung von der Zahlung des Rundfunkbeitrags für immatrikulierte Studierende unter 27 Jahren sowie Auszubildende und Schülerinnen und Schüler

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, immatrikulierte Studierende an den Universitäten und Hochschulen des Landes Schleswig-Holstein von der Zahlung des Rundfunkbeitrages zu entbinden, bis diese das 27. Lebensjahr vollendet haben oder sich in der Regelstudienzeit befinden. Gleiche Regelungen sollen für Auszubildende und Schülerinnen und Schüler gelten.

JiL 30/51 NEU**Unterstützung für Friedhofs-Neugründung**

Die Landesregierung wird aufgefordert, die rechtlichen sowie tatsächlichen Voraussetzungen für die traditionelle Bestattung von Anhängern muslimischer Religionen zu schaffen. Ebenso fordern wir, islamischen Religionsgemeinschaften die Trägerschaft von Friedhöfen zu ermöglichen.

JiL 30/54 NEU**Flächendeckendes WLAN im öffentlichen-Personen-Nahverkehr**

Die Landesregierung wird dazu aufgefordert, den öffentlichen Personen-Nahverkehr in Schleswig-Holstein flächendeckend mit kostenlosen WLAN-Hotspots auszustatten.

Hinweis: Die Anlage zu dem Umdruck steht im Internet nicht mehr zur Verfügung. Die digitale Fassung des Umdrucks wurde im März 2018 geändert. Eine Einsichtnahme ist gegebenenfalls möglich. Für weitere Auskünfte wenden Sie sich bitte an den Informations- und Dokumentationsdienst (luD.info@landtag.ltsh.de)